

**MA(c)H(t)MUT 01/2014**

■ **Geboren und
aufgewachsen** Seite 2

Modernes Staatsangehörigkeitsrecht
braucht starke Sozialdemokratie

■ **Bundesregierung
beschließt finanzielle
Hilfen für die Kommunen** Seite 4

Das Bundesteilhabegesetz kommt
im Jahr 2016

■ **TERMINE** Seite 5

■ **Sicher, sauber
und bezahlbar** Seite 6

Die Energiewende „reloaded“

■ **Namentliche
Abstimmungen** Seite 8

■ **Sitzungswoche** Seite 9

■ **Girls Day 2014** Seite 10

Fee Jonberg zu Besuch in Berlin

■ **Aus dem Büro** Seite 11

Interview mit Büroleiterin Lis Wey

IMPRESSUM

■ **V.i.S.d.P.**

Mahmut Özdemir, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819

mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

das erste Halbjahr der 18. Wahlperiode liegt nun hinter uns und der parlamentarische Betrieb im Berliner Bundestag läuft auf Hochtouren. Die Bundesregierung setzt mit ihren ambitionierten Vorhaben richtungsweisende Impulse, um das Leben der Menschen in Deutschland kontinuierlich zu verbessern. Wie schon der Koalitionsvertrag, so ist auch das Handeln der Großen Koalition deutlich durch die Handschrift der SPD gekennzeichnet. Seit der Regierungsbildung haben wir uns unermüdlich für die Umsetzung unserer Vorhaben eingesetzt und bereits viele wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Das neu geschnürte Rentenpaket unserer Bundesministerin Andrea Nahles ist dafür nur ein maßgebliches Beispiel.

Vor dem Hintergrund dieser positiven Bilanz, freue ich mich sehr die erste Ausgabe meiner Abgeordnetenzeitung **MA(c)H(t)MUT** präsentieren zu können.

Sie gliedert sich in zwei Teile:

Erstens: Berichte über aktuelle Gesetzesvorhaben und Debatten, die mir sehr wichtig sind. In dieser Ausgabe wird es daher um das Staatsbürgerschaftsrechts, die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bundeshaushalt, die Modernisierung und die Reform des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) gehen. Diese bundespolitischen Themen betreffen auch Duisburg direkt und liegen mir daher besonders am Herzen.

Zweitens: Ich möchte Euch Einblick in meinen parlamentarischen Alltag in Berlin und meine Aktivitäten im Wahlkreis geben. Diesmal berichten wir über den Girls Day 2014, für den ich eine Duisburger Schülerin nach Berlin eingeladen hatte.

Meine **MA(c)H(t)MUT** wird vierteljährlich erscheinen. Über Anregungen, Lob oder Kritik freuen wir uns immer.

Herzlichst, Euer

Mahmut Özdemir

Geboren und aufgewachsen

Modernes Staatsangehörigkeitsrecht braucht eine starke Sozialdemokratie

von Mahmut Özdemir, MdB

„Wer die Wahl hat, hat die Qual.“ Dieser simple Spruch hat es in sich und trifft derzeit auf viele junge Migrantinnen und Migranten in Deutschland zu. Als „Optionskinder“, die 2013 oder aktuell in 2014 das 23. Lebensjahr vollendet haben bzw. vollenden werden, stehen sie vor der Entscheidung zwischen der Deutschen Staatsangehörigkeit, die sie durch ihre Geburt in Deutschland rechtmäßig erhalten oder erworben haben, und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern wählen zu müssen.

Die enge Bindung an das Land, in welchem man geboren und aufgewachsen ist, kann einem jungen Menschen weder gegeben, noch genommen werden. Dieses Band ist häufig stärker als die kulturelle Prägung des Elternhauses, die religiöse Unterweisung oder die formelle Staatsangehörigkeit.

Die Bewahrung dieser von Geburt an entstandenen Bindung ist Aufgabe des Staates. Dazu gehört: Chancengleichheit im Bildungswesen und in der Arbeitswelt, aber auch die schlichte Anerkennung, dass die kulturellen und religiösen Wurzeln über das heimische Lebensumfeld bis in die Heimat der Eltern reichen.

Sich für die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit des Elternhauses

entscheiden zu müssen, kann einen tiefgreifenden Identitätskonflikt auslösen. Ein Konflikt, dessen Auflösung nicht wirklich etwas über die Loyalität und Verfassungstreue aussagt, geschweige denn Auskunft über die Lebensperspektive dieser jungen Menschen gibt.

Die Reform des am 01. Januar 2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsrechts unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung erforderte bei seiner Einbringung im Bundesrat eine Mehrheit.

der CDU wie „Kinder statt Inder“. Entgegen diesem Slogan der NRW-CDU unter Rüttgers hielt die SPD-Regierung dennoch an ihrem Kurs fest.

Die ab 01. Januar 2000 in Deutschland geborenen Kinder erhielten, unabhängig vom Status der Eltern, als Ausländer oder EU-Ausländer, die deutsche Staatsangehörigkeit in Anlehnung an das Geburtsort-Prinzip - „ius soli“. Die durch die Geburt verliehene Staatsbürgerschaft bzw. die für Kinder, die zwischen 1990 und 1999 in



Die damaligen NRW-Landtagswahlen waren zu diesem Zeitpunkt gerade in der heißen Wahlkampfphase mit unübertroffenen populistischen Parolen

Deutschland geboren wurden, qua Geburt beantragte Staatsbürgerschaft ist bislang an die „Optionsbedingung“ geknüpft.

Kurzum: Viele junge Migrantinnen und Migranten zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr müssen sich zwischen einem deutschen Pass und der Staatsangehörigkeit ihrer Familie entscheiden.

Die daraus resultierende Loyalitätsbekundung stellt die betroffenen jungen Menschen häufig vor eine innere Zerreißprobe. Ihr Identitätskonflikt basiert auf dem vermeintlichen Verrat am Elternhaus und an dem Land, in dem sich die Betroffenen ihre Zukunft aufbauen möchten. Zu diesem im eigenen Werden so wichtigen Zeitpunkt wird die Freude über beispielsweise eine abgeschlossene Ausbildung, das Abitur oder den bestandenen Führerschein überschattet vom Zwang eine Entscheidung treffen zu müssen, die für das weitere Leben bindend und unwiderruflich ist.

Die gute Nachricht: Laut Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU wird das Optionsmodell abgeschafft. Im Vertrag heißt es: „Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll seinen deutschen Pass nicht verlieren und keiner Optionspflicht unterliegen.“ Laut dem vorliegenden Gesetzentwurf ist jeder, der in Deutschland aufgewachsen ist, künftig von der Optionspflicht befreit. Voraussetzung ist, wer bei Vollendung seines 21. Lebensjahres mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre die Schule besucht hat. Kein junger

Mensch wird sich nunmehr entscheiden müssen ‚Deutscher‘ oder ‚Ausländer‘ sein zu wollen. Die Optionspflicht als solche ist gefallen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mehr gewollt und wollen dieses Mehr an Versprechen auch halten. Dafür bedarf es jedoch auch einem Mehr an Prozenten im Wahlergebnis. Nur das würde uns in die Lage versetzen, weit mehr sozialdemokratische Politik umzusetzen. Unser Ziel ist es nach wie vor, die ‚Doppelte Staatsangehörigkeit‘ bzw. die ‚Mehrstaatlichkeit‘ nicht allein an die Geburt oder an einen entsprechend langen Aufenthalt in Deutschland zu knüpfen. Wir wollen explizit auch jenen, die einen Großteil ihres Lebens in Deutschland verbracht und als Gastarbeiter den Aufschwung unserer Nation als Industrieland mitgetragen haben, diese Möglichkeit eröffnen. Ein Mehr, dessen Zeit noch nicht gekommen ist. Es bleibt in unseren Wahlprogrammen verankert und die Umsetzung wird von uns weiterhin angestrebt.

Die Überschrift des Artikels wäre demnach freundlicher ausgefallen, wenn neben dem Wort „geboren“ das Wort „aufgewachsen“ in seiner ganzen Bedeutung Platz gefunden hätte.

Was für die einen eine stilgerechte und klangbewusste Prägung eines schönen deutschen Satzes darstellt, ist für die

anderen elementares Tatbestandsmerkmal, das gesetzlich zu fassen war. Und zwar so ausgestaltet, dass diesem Satz zufolge in Deutschland nur derjenige als hier „aufgewachsen“ gilt, dessen Wohnsitz seit über acht Jahren in Deutschland gemeldet ist oder der sechs Jahre einen Schulbesuch in Deutschland nachweisen kann. Ob dieses Tatbestandsmerkmal in seiner besonderen Ausgestaltung Selbstzweck oder Markenkern ist, mag nur den Urhebern der Passage im Koalitionsvertrag zugänglich bleiben.

Unterm Strich: Wir befreien unsere in Deutschland nach 1990 eingebürgerten bzw. nach 2000 hier geborenen Kinder, die im Herzen bereits immer schon Kinder Deutschlands waren, von diesem Identitäts- und Loyalitätskonflikt.

Über diese Kriterien werden vermutlich viele „Optionskinder“ lachen. Und dennoch gilt: „Nichts kommt von selbst und nur wenig ist von Dauer“. Junge deutsche Erwachsene, die auch einen ‚ausländischen‘ Pass besitzen, müssen derzeit ein letztes Mal zur Behörde. Hier müssen sie einen Antrag darauf stellen ‚Auch-Deutsche‘ sein zu wollen. Diese Entscheidung und diesen Gang können wir allen, auf die das zutrifft, rückwirkend nicht ersparen. Die Zeit drängt. Wer ‚Deutscher‘ im Sinne des Grundgesetzes bleiben möchte und dieser Tage die Ausschlussfrist des 23. Lebensjahres erreicht, kann sich nicht auf das geplante Gesetz stützen.

Dennoch ist es vom Staat ein wichtiges Zeichen, auch diejenigen, die in der Zwischenzeit ihre eine oder andere Staatsangehörigkeit haben aufgeben müssen, in Form einer Karenzzeit in das Gesetz hinüber zu retten. Die sozialdemokratisch geführten Bundesländer haben dazu, auch in Nordrhein-Westfalen,

Vorkehrungen getroffen, um die Antragsteller auf Beibehaltung beider Staatsangehörigkeiten während der Übergangszeit bis zum Gesetzbeschluss, unbürokratisch zu unterstützen.

So bleibt das Räsonieren im Amt des Abgeordneten etwas eingeschränkt, aber meine

sozialdemokratische Vorstellung davon, wohin die Reise des Staatsangehörigkeitsrechts zukünftig gehen könnte, kann man mir nicht nehmen. Wer schreibt, der bleibt. – Und geschrieben steht es in unserem Wahlprogramm und dort wird es bleiben!

Bundesregierung beschließt finanzielle Hilfe für die Kommunen

von Lis Wey, Berliner Büroleiterin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Die Kommunen sind die Basis unseres politischen und föderalen Systems, sie sind wesentlicher Teil der gesamtgesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben: „Deutschland ist ein wirtschaftlich und sozial stabiles Land mit einer soliden finanziellen Basis. Wir wollen die Voraussetzungen für Investitionen in die Zukunft auf einer weiterhin soliden finanziellen Grundlage schaffen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die nachhaltige Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts. Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen und im Rahmen ihrer Kompetenzen Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes stellen können.“

Fest steht auch: Zu viele Kommunen, darunter unsere Stadt Duisburg, sind über die Jahre in

Wahlperiode seit langem erstmals wieder einen kommunalfreundlichen bundespoliti-



eine bedrohliche Haushalts-schieflagen geraten!

In den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU war es daher ein Herzensanliegen der SPD, dieser Entwicklung entschieden entgegen zu wirken. Nun enthält der Koalitionsvertrag der 18.

schen Konsens. Unsere dort verankerten Ziele haben wir im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2014 sowie der mittelfristigen Finanzplanung dem Bundestag bereits vorgestellt und werden sie wie folgt umsetzen:

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung finanziell entlastet werden. Ab 2014 übernimmt der Bund kurzfristig und vollständig die Grundsicherung im Alter, diese Entlastung beträgt 5,5 Mrd. Euro jährlich. Für die Stadt Duisburg bedeutet das konkret eine Unterstützung von rund 30 Mio. Euro.

Die Vereinbarung im Koalitionsvertrag sieht weiter vor, die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung kommunalfreundlicher zu regeln. Auch diese Vereinbarung wird die Kommunen im Umfang von bundesweit fünf Mrd. Euro jährlich entlasten. Das Bundesteilhabegesetz, das diese finanziellen Auswirkungen sowie das sozialpolitische ‚Mehr‘ an Teilhabe von Menschen mit Behinderung bewirken soll, wird in dieser Wahlperiode beschlossen. Das Bundesteilhabegesetz wollen wir in 2015 vorbereiten, mit den Verbänden und Menschen diskutieren und in 2016 verabschieden. Ziel der SPD ist es dabei in 2017 den gesetzlich gesicherten Einstieg in die volle Entlastung der Kommunen in Höhe von fünf Mrd. Euro ab 2018 zu schaffen.

Aber wir lassen die Kommunen auch bis dahin nicht im Regen stehen, sondern werden beginnend ab 2015 bereits 1 Mrd. Euro jährlich fortwährend in den Bundeshaushalt einstellen, bis das Gesetz vollständig greift. Dass sich diese Aussagen als

Fakten in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung wiederfinden, ist ein sozialdemokratischer Erfolg im Sinne der Kommunen im Land. Alleine für unsere Stadt Duisburg bedeutet die Reform der Eingliederungshilfe im Endstadium eine Entlastung von bis zu 23,7 Mio. Euro. Die 1 Mrd. Euro zur Überbrückung wird zwar vom Betrag her weit darunter liegen, aber Duisburg auch bis dahin spürbar entlasten.

Duisburg muss, wie alle anderen Kommunen auch, wieder vollends befähigt werden, seine Aufgaben für die Menschen vor Ort zu erfüllen. Damit haben wir einen wichtigen Schritt getan. Um dieses Ziel weiter verfolgen zu können, müssen wir die angestoßene Entlastung der Kommunen gerade im sozialen Bereich engagiert vorantreiben und hin zu einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung kommen.

TERMINE in Duisburg

09.05.14 | 18:00

25 Jahre Namensgebung
Sophie-Scholl-Berufskolleg

10.05.14 | 11:00

Schirmherr Inklusives Sportfest

11.05.2014 | 14:30

150 Jahre SPD DU in HoRuBa
Jubilarehrung

13.05.14 | 14:30

Seniorencafé mit der SPD
Marxloh/Fahrn

15.05.14 | 14:00

Glückauf-Hallen-Fest

17.05.14 | 14:00

Fischfest Rumeln-Kaldenhausen

17.05.14 | 19:00

Charityabend
Hamborner Heimatverein

18.05.14 | 11:00

Verleihung
,Hombberger Medaille‘

15.06.14 | 13:00

Sommerfest Walsumer Vereine

22.06.14 | 10:00

Sommerfest Musikvereinigung
Duisburg-West

Sicher, sauber und bezahlbar – Die Energiewende ‚reloaded‘

von Annika Straub, Wissenschaftliche Referentin

Das Zeitalter der Erneuerbaren Energien hatte in Deutschland durch Einführung des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) im Jahr 2000 unter der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder einen revolutionären Start. Binnen weniger Jahre wurden die bis vor kurzem noch ignorierten EEG-Technologien, insbesondere Windkraft- und Photovoltaikanlagen, zum heutigen Symbol von Zukunftstechnologien. Sie sorgen für Wachstum, regionale Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Weitere Wachstumspotenziale bestehen im Bereich des Ausbaus der Infrastruktur und Stromspeicher, der Entwicklung innovativer Kraftwerks- und Antriebstechnologien, Schaffung intelligenter Daten- und Energienetze, sowie nachhaltigem Bauen. Kein anderes Industrieland mit vergleichbar wirtschaftlicher Bedeutung wie Deutschland bezieht einen so hohen Anteil seines Stroms aus erneuerbaren Quellen. Wir Sozialdemokraten werden das Erfolgsprojekt Energiewende weiter fortsetzen.

Doch scheint durch die Entwicklung der erneuerbaren Energien von einer Nischentechnologie zur dominierenden Erzeugungsform im Energiesektor das energiepolitische Zieldreieck sicher, sauber und bezahlbar, in einen unauflösbaren Grundkonflikt zu geraten:

Die „saubere“ Stromerzeugung aus Wind und Sonne hängt davon ab, wie stark der Wind weht bzw. die Sonne scheint. Die dadurch stark schwankende Stromproduktion stellt eine besondere Herausforderung für die Netzstabilität und somit für die Sicherheit unserer Energieversorgung dar. Die vorhandene Netzinfrastruktur, die nach dem jahrelangen Stillstand in der Energiepolitik unter schwarz-gelb völlig veraltet ist, wird diesen neuen Anforderungen nicht gerecht. Was wir heute benötigen, sind neue, schlaue Netze, sog. Smart Grids. Das sind Stromnetze, die durch die kommunikative Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugern, Speichern und elektrischen Verbrauchern die Energieversorgung und die Mobilität der Zukunft auf Basis eines effizienten und zuverlässigen Systembetriebs sicherstellen.

Klar ist, die Investitionen hierfür gibt es nicht zum Nulltarif. Das Projekt Energiewende bedeutet im Rahmen unserer weltwirtschaftlichen Weiterentwicklung den Einstieg in ein neues, emissionsarmes Industriesystem, das vor allem auf radikale Effizienzsteigerung setzen muss.

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher bedeutete dies in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigende Strompreise. Das belastet vor allem die privaten Haushalte mit niedrigem Einkommen, denn die Stromausgaben nehmen zwar mit steigendem Nettoeinkommen zu, aber unterproportional in Relation zu den Einkommen. Mit steigendem Einkommen reduziert sich der Anteil von Strom an den gesamten Konsumausgaben deutlich. Somit wirken alle staatlichen Maßnahmen, die zu einer Steigerung des Strompreises



führen, wie EEG-Umlage, Stromsteuer u.a. grundsätzlich regressiv. Die sozial verträgliche Gestaltung der Energiewende ist jedoch eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Energiewende: Sie hängt im hohen Maße von der Zustimmung der Bevölkerung ab. Wir Sozialdemokraten haben uns in Anbetracht dieser Entwicklung daher entschlossen, die Frage einer fairen Kostenverteilung stärker in den Fokus zu nehmen als das bislang der Fall war. Die Kosten der Energiewende müssen für Verbraucher wie Unternehmen zu bewältigen sein.

Die nun von Energie- und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf den Weg gebrachte Reform des EEG sieht daher vor, die Einspeisevergütungen für neue Anlagen einzudämmen und somit einer Überförderung zukünftig entgegenzuwirken, ohne jedoch den mit der EEG-Umlage finanzierten Ausbau der erneuerbaren Energien auszubremsen. Die Förderung soll lediglich stärker auf Technologien konzentriert werden, die bislang am kostengünstigsten Strom produziert haben. Das sind in erster Linie Photovoltaik, die Stromerzeugung aus Sonnenenergie, und die Windenergie an Land. Ihr Ausbau soll sich weiterhin überall in Deutschland lohnen. Gleichzeitig werden wir im neuen EEG verbindliche Ausbaukorridore für Erneuerbare Energien festlegen. Das ermöglicht es uns, die Errichtung neuer Anlagen mit dem Ausbau der Netze besser zu koordinieren.

Das im alten EEG verankerte Eigenstromprivileg, welches

Anlagenbetreiber von der Zahlung der EEG-Umlage und anderen Steuern befreit, wenn der selbst erzeugte Strom dem Eigenbedarf dient, wollen wir vorerst anpassen. Das Eigenstromprivileg in seiner bisherigen Form hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass immer mehr Industriebetriebe eigene Kraftwerke gebaut und sich damit aus der Finanzierung der Energiewende verabschiedet haben. Das Eigenstromprivileg betrifft eine sehr große Strommenge, rund 20 Prozent des von der deutschen Industrie verbrauchten Stroms. Dadurch ruhen die allgemeinen Kosten der Energieversorgung auf immer weniger Schultern und die Energiewende wird für die Betroffenen immer teurer.

Je mehr Verbraucher sich dank des Eigenstromprivilegs aus der Finanzierung erneuerbarer Energien und Netzinfrastruktur verabschieden, desto höher werden die Stromrechnungen für die verbleibenden Endabnehmer. Hierdurch entsteht eine Entsolidarisierung der Kosten, die zur Finanzierung der Umstellung des Energiesystems erforderlich sind. Unser Ziel ist daher, die Eigenstromversorgung in Grenzen zu halten, ohne die bereits bestehenden Anlagen rückwirkend unwirtschaftlich zu machen.

Zur gleichzeitigen Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die Hunderttausende von Arbeitsplätze hierzulande sichert, ist es uns zudem wichtig, einen Ausgleich insbesondere für die energieintensiven Unternehmen, die durch hohe Strompreise besonders belastet sind, zu schaffen.

Die Position Deutschlands als Vorreiter in Sachen Energiewende, stellt unsere Industrie vor eine besondere Herausforderung auf den Weltmärkten. International konkurrierende Unternehmen stehen im Wettbewerb mit Unternehmen aus Staaten, die keine dem EEG vergleichbaren Systeme zur Ökostrom-Förderung vorsehen. Insofern ist es nur gerechtfertigt und stellt keine Wettbewerbsverzerrung dar, wenn den relevanten Industriebetrieben weiterhin ein Rabatt auf die Förderung von Ökostrom gewährleistet wird.

Die Herausforderung besteht nun darin, ein ausgewogenes Maß zu finden, das einerseits verhindert, dass international agierende Unternehmen aufgrund zu hoher Energiepreise ins Hintertreffen geraten, andererseits soll die besondere Ausgleichsregelung nicht zu exzessiv gebraucht werden, wie unter schwarz-gelb geschehen. Das würde dazu führen, dass Mittelstand und private Verbraucher allein die Zusatzkosten des Gemeinschaftsprojekts Energiewende zu schultern haben, wohingegen die Unternehmen, die am meisten Strom verbrauchen, von diesen Kosten verschont blieben.

Wir sind stolz, dass es uns in kollegialer Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission nunmehr gelungen ist, die besondere Ausgleichsregelung, also die Ausnahmeregelung für die energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie, angemessen und sozial verträglich auszugestalten.

Namentliche Abstimmungen

In der noch jungen 18. Legislaturperiode hatte der Bundestag bereits einige Entscheidungen zu treffen. Die Teilnahme an ‚Namentlichen Abstimmungen‘ gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt Ihr nachlesen, wie ich im Einzelnen abgestimmt habe.

28.11.2013	Bundeswehreinsatz im Südsudan	JA
28.11.2013	Bundeswehreinsatz in Darfur	JA
29.01.2014	Bundeswehreinsatz in der Türkei (OAF)	JA
29.01.2014	Bundeswehreinsatz OAE	JA
30.01.2014	Gentechnisch veränderte Maislinie 1507 für den Anbau in der EU	JA
20.02.2014	Bundeswehreinsatz in Afghanistan (ISAF)	JA
20.02.2014	Militärische Ausbildungsmission in Mali	JA
20.02.2014	Änderung des Abgeordnetengesetzes	JA
21.02.2014	Erweiterung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung	JA
13.03.2014	EU-Honig-Richtlinie (zur Kennzeichnung von genverändertem Honig)	JA
03.04.2014	Bundeswehreinsatz EUTM Somalia	JA
03.04.2014	Minderheitenrechte der 18. Wahlperiode	JA
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung , Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD	
03.04.2014	Minderheitenrechte der 18. Wahlperiode	NEIN
	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
09.04.2014	Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz	JA
10.04.2014	Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik	JA

Sitzungswoche



© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

So sieht mein dicht getakteter Stundenplan in Berlin aus. Der Bundestag trifft sich in den Plenarwochen im Schnitt 22 Mal im Jahr.

MONTAG Die Sitzungswoche in Berlin beginnt für den Großteil der Abgeordneten vergleichsweise ruhig, denn die meisten Gremien tagen erst im späteren Verlauf der Woche. Wer allerdings einem Fraktionsvorstand oder einer Enquete-Kommission angehört, kann auch schon montags gefordert sein, denn diese treffen sich direkt am Wochenanfang. Ich persönlich nutze den Montag vor allem dafür, um mit meinem Team den Verlauf der restlichen Woche durchzusprechen und diverse Büroaufgaben zu erledigen. Auch der eine oder andere thematisch wichtige Gesprächstermin lässt sich hier absolvieren. Mein erstes Gremium ist dann die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der SPD-Fraktion, die montags abends ab 19:00 Uhr zusammenkommt. Die Atmosphäre ist konstruktiv und zugleich entspannt. Man kennt und schätzt sich.

DIENSTAG In aller Frühe geht es mit ersten Gremiensitzungen los. Als Mitglied des Innenausschusses bin ich gleichzeitig auch Mitglied der dazugehörigen Arbeitsgruppe für Inneres unserer SPD-Bundestagsfraktion. Diese kommt um 09:15 Uhr zusammen und bespricht die innenpolitisch anstehenden Sachverhalte, Anträge und Gesetzesentwürfe ausführlich bis zur Mittagszeit. Nach den Sitzungen der Fachgremien kommen sämtliche Kolleginnen und Kollegen am Nachmittag im Otto-Wels-Saal zur gemeinsamen SPD-Fraktionssitzung zusammen. Dort werden die kommenden Plenarthemen besprochen und das Abstimmungsverhalten der Fraktion offen diskutiert. Nach den Sitzungen, gegen 18:00 Uhr, treffen sich mehrere Abgeordnete aller Parteien beim Fußballtraining des 1. FC Bundestags. Im Winter in der Halle und ab Frühjahr auf einem schönen Rasenplatz, um für die anstehenden Spielbegegnungen fit zu sein. Nach dem Sportausgleich geht's dann weiter zu Abendgesprächen oder Empfängen der Fachverbände, zur Kontaktpflege und Netzwerken für die eigenen Arbeitsbereiche.

MITTWOCH Der Tag beginnt um Punkt 10.00 Uhr mit der Sitzung des Innenausschusses. Die am Vortag besprochenen Positionen und Themen werden hier im Diskurs zwischen allen Fraktionen erörtert. Im unmittelbaren Anschluss trifft der Bundestag erstmals im Plenum zusammen. Den Anfang macht hier immer die Befragung der Bundesregierung, bis um 13:35 Uhr die Fragestunde eingeläutet wird. Jeder Abgeordnete kann sich dort einbringen. Hier wird sachlich argumentiert und leidenschaftlich gestritten.

DONNERSTAG Als Mitglied des Unterausschusses für Kommunales beginnt mein Tag um 8:00 Uhr. Der Unterausschuss ist an den Innenausschuss angegliedert und vertritt die Interessen der Kommunen auf bundespolitischer Ebene. Um 09:00 Uhr beginnt die Hauptsitzung des Plenums im Reichstagsgebäude. Solch eine Sitzung geht für gewöhnlich bis in die Abendstunden. Es kann aber auch schon mal vorkommen, dass sie bis tief in die Nacht geht – je nachdem, wie viele Gesetzesentwürfe und Anträge zu debattieren sind und wie viele namentliche Abstimmungen anstehen. Die Dauer hängt davon ab, wie streng die RednerInnen und das Präsidium es mit der Begrenzung der Redezeit halten!

FREITAG Das Ende der Woche markiert ein erneuter, wenn auch verkürzter Plenartag. Ab ca. 15:00 Uhr kann ich mich wie die anderen Kolleginnen und Kollegen auf die Heimreise in den Wahlkreis begeben – und mich bis zur neuen Sitzungswoche voll und ganz meiner Heimatstadt Duisburg widmen!

Girls Day im Deutschen Bundestag

Duisburger Schülerin schnupperte Berliner Luft

von Christiane Kramer, Duisburger Büroleiterin und Terminreferentin

Im Rahmen des Girls Day 2014 besuchte die Duisburger Schülerin Fee Jonberg (15) den SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir im Berliner Bundestag.

Nach ihrer Ankunft in der Landeshauptstadt ging es für die Schülerin direkt zum Reichstag. Dort traf sie auf die anderen Teilnehmerinnen, die aus ganz Deutschland angereist waren. Bei einer Führung durch den Deutschen Bundestag lernten die Mädchen dann Originalschauplätze der Bundespolitik hautnah kennen, die sie sonst nur im Fernsehen sehen. Der erste Tag endete bei einem Abendessen mit dem Duisburger Politiker und seinem Berliner Team.

Der nächste Tag bot den Mädchen ein tolles, von der SPD-Bundestagsfraktion organisiertes Programm.

Beim World-Café debattierten die Schülerinnen mit mehreren

weiblichen Bundestagsabgeordneten u.a. Dr. Eva Högl, Christina Kampmann, Cansel Kiziltepe, Daniela Kolbe und Michelle Müntefering, über die Rolle von Frauen in Politik und Wirtschaft.



Beim Planspiel ‚Politik-Parcours‘ begleiteten sie einen Gesetzentwurf bei seinem Weg von der Entstehung bis zur Verabschiedung.

Dabei schlüpfen die Schülerinnen in die Rollen verschiedener Parlamentarier, Fee Jonberg übernahm die Rolle einer grünen Abgeordneten im Rechtsausschuss. Gemeinsam stellten die Mädchen die dabei notwendigen Ausschuss- und Plenarsitzungen nach.

Am Ende der beiden Tage zog die junge Schülerin Bilanz: Fee Jonberg: „Das Programm war toll organisiert, ich habe viele nette Mädchen kennen gelernt. Die Führung durch die verschiedenen Gebäude des Bundestages war sehr interessant und hat mir gut gefallen. Besonders aber die persönlichen

Treffen mit Mahmut (Özdemir) und seinem Team, bei denen ich viele Fragen stellen konnte, haben mir viel Spaß gemacht.“

Der jährlich stattfindende Girls Day bietet Schülerinnen im Alter von 14 bis 17 Jahren die Möglichkeit, Einblicke in spannende Berufe zu erhalten, die von Frauen bisher wenig ausgeübt werden. Auch in den vergangenen Jahren hat sich die SPD-Bundestagsfraktion immer am Girls Day beteiligt, um interessierten Mädchen die Möglichkeit zu bieten, die Abgeordneten einen Tag lang in Berlin zu begleiten und über die Schulter zu schauen.

Mahmut Özdemir hat sich bewusst viel Zeit für seine Teilnehmerin genommen und war extra in der sitzungsfreien

Woche wieder nach Berlin gereist.

Mahmut Özdemir:

„Junge Mädchen haben beim Girls Day die Möglichkeit in die unterschiedlichsten Berufe hinein zu schnuppern. Für politisch Interessierte bietet die SPD-Bundestagsfraktion ein interessantes Programm, Politik hautnah zu erleben. Fee war eine tolle Teilnehmerin und hat ihre Rolle als Abgeordnete im Planspiel super ausgefüllt. Auch im nächsten Jahr werde ich als Abgeordneter wieder dabei sein und einer Duisburger Schülerin die Gelegenheit geben, in Berlin teilzunehmen.“

Aus dem Büro: Interview mit Lis Wey

Täglich gibt es im Berliner Büro tausend-und-eine Sache, die empfangen und eingeordnet, abgepackt und abgesandt, gelesen und beantwortet werden will. Bevor das passiert, müssen diese Sachen erst an der Büroleiterin vorbei: Lis Wey. Im Berliner Büro laufen alle Fäden bei ihr zusammen. Höchste Zeit für ein Interview.

Liebe Lis, du bist Büroleiterin im Bundestagsbüro des Duisburger Abgeordneten Mahmut Özdemir. Wie bist du zu diesem Beruf gekommen?

Nun, mein beruflicher Werdegang lässt sich wie bei vielen anderen MdB-MitarbeiterInnen hier in Berlin wohl als relativ klassisch bezeichnen.

Ich hatte das Glück, im Winter 2010 unmittelbar nach meinem Magister-Studium ein Praktikum bei Mahmuts Vorgänger im Amt, Johannes Pflug, antreten zu dürfen. Daraus ist dann eine wissenschaftliche Mitarbeit geworden, die ich bis zur Bundestagswahl 2013 neben meiner Promotion ausgeübt habe. In diesen drei Jahren habe ich neben wertvollen Erfahrungen im



Bundestag und im hiesigen Politbetrieb auch die Stadt Duisburg näher kennengelernt – ‚Das Barmädchen im Saloon‘, das sich durch „einen zweifelhaften Ruf, aber ein

goldenes Herz' auszeichnet, wie es jüngst die Duisburger Schriftstellerin Hatice Akyün so schön im ZEIT-Magazin formulierte.

Wie sieht dein Tagesgeschäft als Büroleiterin aus?

Die Tätigkeit als Büroleiterin in Mahmut Özdemirs MdB-Büro ist sehr divers und alles andere als eintönig! Grob gesagt bin ich dafür da, stets den Überblick über den schnelllebigen und dicht getakteten politischen Betrieb zu halten – zumindest soweit er unser Berliner Büro betrifft. Ich organisiere und betreue die Mitgliedschaften unseres Chefs in allen Ausschüssen und Gremien des Bundestages wie z.B. den Ruhr-MdBs, bereite diese thematisch vor und falls eine Plenarrede ansteht, bin ich unterstützend zur Stelle. Unterstützend wohlgerne, denn Mahmut schreibt seine Reden in jedem Falle selbst! Dazu betreue ich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hier in Berlin und organisiere die Reisetätigkeiten, seien es die Wege vom Wahlkreis in die Hauptstadt und zurück oder zeitintensivere Delegationsreisen im Rahmen seiner Tätigkeiten im Innenausschuss oder anlässlich seines tatkräftigen Engagements im FC Bundestag!

Gerade sind zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen zu Ende gegangen. Erzähl doch mal wie das so abläuft.

Eine Sitzungswoche ist immer spannend und für alle Beteiligten dicht getaktet. Neben den zumeist immer zur selben Zeit stattfindenden Gremiensitzungen, wie der Landesgruppe NRW, den Ruhr-MdBs, der Bundestagsfraktion, der Arbeitsgruppe Innenpolitik, dem Innenausschuss und den Plenardebatten finden zahlreiche weitere Termine statt. Sei es eine Podiumsdiskussion oder eine Tagung, Interviews oder Pressegespräche - es ist ordentlich was los.

Alle diese Termine müssen natürlich von unserem Büro koordiniert und inhaltlich vorbereitet werden. Und wenn es dann noch z.B. an einem Dienstag während einer Sitzungswoche heißt: Am Donnerstag, also übermorgen, steht eine Plenarrede an, ja dann stehen weder bei uns noch bei unserem Chef die Telefone und die PC- und Laptop-Tastaturen still!

Dein Geheimtipp, um sich von einer solch anstrengenden Sitzungswoche zu erholen?

Gutes Essen, ein schönes Glas Wein, irgendwo im Kiez oder zu Hause, zusammen mit meinem Mann und Freunden. Das bewährt sich jedes Mal auf ein Neues. - Und mehr braucht es auch gar nicht, da mir die zeitlich wie inhaltlich durchaus fordernde Arbeit einfach viel Freude macht!

Du bist promovierte Philosophin. Wie zahlt sich das für deine Arbeit aus?

Obschon es so keinen direkten thematischen Zusammenhang zwischen meiner Doktorarbeit zu Aristoteles und meiner Tätigkeit hier im Berliner Büro gibt, würde ich auf jeden Fall sagen, dass meine Jahre der Promotion außerordentlich wichtige Lehrjahre in Sachen Selbstständigkeit und Planungsverantwortung waren. Es gibt nur wenige Tätigkeiten, bei denen man in dieser Weise auf sich selbst gestellt ist.

Du bist in Luxemburg geboren und aufgewachsen. In Duisburg sagt man zum Abschied ‚Glück auf!‘ - in Luxemburg sagt man ...?

Äddi!